



# Blickpunkte

**SPD**

BUNDESTAGS  
FRAKTION

## **INHALT**

### **Flüchtlingspolitik**

### **Pflegestärkungsgesetz**

### **Aus dem Wahlkreis / Kurz notiert**

- Jugendhilfe reagiert auf regionale Bedürfnisse

- Migration - eine Chance für die Gesellschaft

### **V.i.S.d.P.:**

**Ingrid Arndt-Brauer, MdB**

Postfach 11 56

48600 Ochtrup

Tel.: 02553 / 977 10 53

Fax: 02553 / 977 10 54

Mail:

[ingrid.arndt-](mailto:ingrid.arndt-brauer.wk01@bundestag.de)

[brauer.wk01@bundestag.de](mailto:brauer.wk01@bundestag.de)

Bildquelle

Kuppelinnenansicht: Klaus-Peter

Tuchscherer / pixelio.de

© Bild Arndt-Brauer: dpt/Stella v.

Saldern



## **Liebe Leserinnen und Leser,**

die aktuellen politischen Diskussionen sind durch den Tod von Altkanzler Helmut Schmidt in dieser Woche zeitweise in den Hintergrund getreten. Hamburger Sturmflut, Wirtschaftskrise und RAF-Terror - in schwierigen Zeiten verschaffte sich Helmut Schmidt im In- und Ausland als Krisenmanager hohes Ansehen. Als Bundeskanzler war Schmidt nicht unumstritten. Der NATO-Doppelbeschluss und sein Eintreten für die Kernenergie spalteten seine Partei und die Gesellschaft. Ich selbst kann mich gut an diese Zeit erinnern - habe ich doch aufgrund dieser beiden - nicht nur mir wichtigen Themen - längere Zeit gezögert der SPD beizutreten. Für viele Bürgerinnen und Bürger wurde der Sozialdemokrat in den Jahrzehnten nach seiner Kanzlerschaft zum Inbegriff des Staatsmanns mit Weitblick, dessen Wort Gewicht hatte.

Die Debatten um die Flüchtlingskrise beschäftigen uns unvermindert weiter - Chaos bei den Unionsparteien: Kanzleramtsminister Peter Altmaier als Flüchtlingsbeauftragter im Kanzleramt stimmt sich nicht mit dem Innenminister ab. Verantwortliche Regierungsarbeit sieht anders aus - Angela Merkels Autorität schwindet offenbar.

Für die SPD und mich, sind die Flüchtlinge aus Syrien nach der 'Genfer Konvention' als Kriegsflüchtlinge zu behandeln. Deren Frauen und Kinder jetzt zu zwingen im Kriegsgebiet - unter IS-Bedrohung - in häufig unmittelbarer Lebensgefahr zu bleiben, ist unmenschlich und mit dem christlichen Menschenbild unvereinbar. Zudem gelingt Integration für Familien besser, als für alleinstehende Männer. Aktuell dauert es ca. ein Jahr bis ein Familiennachzug durchgeführt werden kann. Das Problem ist also nicht akut. Vielmehr sollten wir die bereits beschlossenen Maßnahmen zur Bewältigung und - aufgrund der schieren Menge unvermeidlich - auch zur Begrenzung der Flüchtlingsströme, erst einmal umsetzen. Anstatt ständig neue, unausgelegene und zum Teil sich widersprechende Vorschläge in die Welt zu setzen

Anfang November wurde eine gesetzliche Neuregelung der Sterbehilfe beschlossen. Ich habe für den Gesetzentwurf von Lauterbach, Reimann und Hintze und anderen, der den standesrechtlich von einigen Ärztekammern in Deutschland untersagten ärztlich assistierten Suizid unter Auflagen zulassen wollte, gestimmt. Die Rechtssicherheit für Ärzte wäre erhöht und das Selbstbestimmungsrecht der Patientinnen und Patienten gestärkt worden. Ärzte wissen aufgrund ihrer zum Teil sehr langen und intensiven Begleitung der jeweiligen Patienten am besten, was im konkreten Einzelfall medizinisch angezeigt und zu verantworten ist. Hinzu kommt der Präventionsgedanke: Nur Ärzte können bei suizidgeeigneten Patienten Depressionen und andere psychische Erkrankungen entdecken und behandeln und so nicht wirklich gewollte Suizide vermeiden. Leider hat dieser Gesetzesvorschlag keine Mehrheit gefunden. Das jetzt verabschiedete Gesetz verfolgt das Ziel, dass der assistierte Suizid nicht zu einer „gesundheitlichen Dienstleistung“ wird.

Allen Lesern eine informative und interessante Lektüre!

Ihre **Ingrid Arndt-Brauer**





# BLICKPUNKTE

**SPD**

BUNDESTAGS  
FRAKTION

## Flüchtlingspolitik: Maßnahmen umsetzen und Ordnung schaffen

Die große Koalition hat sich letzte Woche in der Flüchtlingspolitik auf einen guten Kompromiss verständigt. Die vereinbarten Maßnahmen schaffen mehr Ordnung bei der Aufnahme von Flüchtlingen, beschleunigen die Asylverfahren und erleichtern eine schnelle Rückführung von Menschen, die kein Bleiberecht haben. Transitzonen sind vom Tisch.

### **Keine Transitzonen**

Keine Haftlager an der Grenze, kein Zaun. Die SPD hat sich in der Koalition auf ganzer Linie durchgesetzt: Künftig wird es Zentren für eine geregelte Registrierung und schnelle Verfahren für Asylbewerber geben, die kaum Aussicht auf Anerkennung haben. Die CSU-Forderung nach Transitzonen ist vom Tisch.

Für Asylbewerber mit wenigen Chancen auf Anerkennung werden kurzfristig drei bis fünf besondere Aufnahme-Einrichtungen geschaffen, in denen die Asylverfahren in rund drei Wochen bereits abgeschlossen sein sollen. Dabei geht es um Menschen aus sicheren Herkunftsstaaten, mit Wiedereinreiseperrnen, mit Folgeanträgen oder die keine Bereitschaft zeigen, ihre wahre Herkunft aufzudecken.

Hier gibt es auch eine „verschärfte Residenzpflicht“. Das heißt: Sie müssen sich im Bezirk der zuständigen Ausländerbehörde aufhalten. Ihre Rückführung soll unmittelbar aus der Aufnahme-Einrichtung erfolgen. Wer sich diesem Verfahren verweigert, dem drohen künftig Sanktionen wie etwa Wegfall des Leistungsanspruchs.

### **Ordnung durch einheitlichen Ausweis**

Alle Asylsuchende erhalten darüber hinaus künftig bei der Registrierung einen einheitlichen Ausweis, der in einer einheitlichen Datenbank erfasst wird. Dies verhindert, dass unterschiedliche Behörden mehrmals Personalien aufnehmen müssen und trägt somit zu einer deutlichen Beschleunigung der Asylverfahren bei. Geschlossen anpacken und Probleme sachorientiert lösen, darauf kommt es jetzt an. Zu einer konstruktiven Zusammenarbeit gehört, dass sich alle Koalitionspartner an Absprachen halten. Ein Durcheinander und Chaos darf es nicht geben!

Damit Bewerberinnen und Bewerber, deren Antrag abgelehnt wurde, schnell wieder in ihre Heimatländer zurückkehren, wird der Bund eine neue Organisationseinheit schaffen. Hier sollen unter anderem im

Austausch mit den Botschaften der Herkunftsländer die nötigen Papiere für die Ausreise beschafft werden. Bei Menschen mit eingeschränktem Bleiberecht wird der Familiennachzug für zwei Jahre ausgesetzt.

Damit auch für alle anderen Asylbewerberinnen und Asylbewerber sowie Bürgerkriegsflüchtlinge die Verfahren beschleunigt werden, wird ein Ausweis entwickelt und eine einheitliche Datenbank zur Registrierung geschaffen.

### **Hotspots an den EU-Außengrenzen**

Darüber hinaus will die Bundesregierung die Einrichtung von so genannten „Hotspots“ für die Registrierung von Flüchtlingen schon an den EU-Außengrenzen vorantreiben, die Bedingungen für die Aufnahme von Flüchtlingen direkt in den Nachbarstaaten der Krisenregion weiter verbessern und sich weiter bei der Stabilisierung von Afghanistan engagieren.

### **Familiennachzug**

Zum Familiennachzug hat die Koalition eine klare Vereinbarung getroffen: Für Antragssteller, die lediglich subsidiär schutzberechtigt sind, wird der Familiennachzug auf zwei Jahre befristet ausgesetzt. Subsidiär Schutzberechtigte sind Personen,



# Blickpunkte

**SPD**

BUNDESTAGS  
FRAKTION

denen durch das Asylrecht kein Schutz gewährt werden kann und die nicht als Flüchtlinge anerkannt sind. Nicht Bestandteil der Vereinbarung war, dass syrische Flüchtlinge als subsidiär Schutzbedürftige eingestuft werden und sie damit keinen Anspruch mehr auf eine Familienzusammenführung haben.

Der Bundesinnenminister und die Innenminister der Länder haben hierzu im November des vergangenen Jahres eine eindeutige Festlegung getroffen:

Alle syrischen Flüchtlinge erhalten in Deutschland Schutz nach der „Genfer Flüchtlingskonvention“ und haben deshalb Anrecht auf Familiennachzug. Und zwar aus gutem Grund: Denn zum einen können wir nicht syrischen Männern in Deutschland Zuflucht gewähren, ihren Kindern und Frauen aber, die in Syrien von Krieg und Gewalt bedroht sind, diesen Schutz verweigern. Und zum anderen würde eine Einzelfallprüfung eines der wichtigsten



Foto: © JMG/pixelio.de

Ziele der Koalition konterkarieren: die Beschleunigung der Asylverfahren. Es gibt deshalb keinen Anlass, diese Frage in der Koalition nun erneut aufzumachen. Entscheidend ist, dass die Bundesregierung nun handelt und alle bisher vereinbarten Maßnahmen gemeinsam mit den Ländern entschlossen umsetzt. Die SPD hat sichergestellt, dass Menschen, die in Deutschland Schutz suchen, auch weiterhin ein menschliches und faires Verfahren erhalten.

## **Integration**

Denjenigen Menschen, die zeitlich befristet oder dauerhaft in Deutschland Aufnahme finden, wollen wir die Integration ermöglichen, indem wir das schnelle Erlernen der deutschen Sprache und ihre Integration in den Arbeitsmarkt umfassend fördern.

Dazu werden die Integrationskurse für Asylbewerber und Geduldete mit guter Bleibeperspektive geöffnet. Das Leiharbeitsverbot für Asylbewerber und Geduldete entfällt nach drei Monaten, wenn es sich um Fachkräfte handelt. Für geringer qualifizierte Kräfte wird der Zugang zur Leiharbeit erst nach 15 Monaten möglich sein.

Zudem werden die Eingliederungstitel der Jobcenter so aufgestockt, dass dauerhaft bleibende Flüchtlinge aktiv bei der

Arbeitsmarktintegration unterstützt werden können. Anerkannte Asylberechtigte und Flüchtlinge werden voll arbeitsberechtigt, erhalten Leistungen der Jobcenter und zählen in der Arbeitslosenstatistik.

Klar ist auch: Einen prekären Niedriglohnsektor für Flüchtlinge, z. B. durch eine Absenkung des Mindestlohns für diese Gruppe, wird es nicht geben.



Foto: © Stefan Erhard / pixelio.de

Zum Gelingen der Integration gehören unabdingbar das Verständnis und die Beachtung der Rechts- und Werteordnung des Grundgesetzes sowie die Einhaltung der Gesetze. Wir sind überzeugt, unsere demokratische, offene und tolerante Staats- und Gesellschaftsordnung, die den Menschen und seine soziale Verantwortung in den Mittelpunkt stellt, für diejenigen, die vor Unfreiheit und existenzieller Not geflohen sind, eine nachhaltig prägende Wirkung entfaltet.



# BLICKPUNKTE

**SPD**

BUNDESTAGS  
FRAKTION

## Deutschland erhöht Hilfe für syrische Flüchtlinge in Jordanien



Foto: © Roger Mladek / pixelio.de

Die Bundesregierung stellt Jordanien weitere 98 Millionen Euro zur Unterstützung syrischer Flüchtlinge zur Verfügung. Mit dem Geld könne das Land seine Infrastruktur verbessern, unter anderem die Wasserversorgung, teilte das Entwicklungsministerium am Donnerstag in Berlin mit. Die meisten der rund 630.000 offiziell registrierten Syrer seien nicht in Flüchtlingslagern sondern in den Städten und Gemeinden untergekommen. Insofern kämen die finanziellen Mittel auch jordanischen Haushalten zugute, wo viele Syrer lebten. Damit erhöht sich die Hilfe des Entwicklungsministeriums für die Versorgung syrischer Flüchtlinge in Jordanien auf rund 600 Millionen Euro.

Neben den neuen Mitteln für die jordanische Regierung gehen zusätzliche 30 Millionen Euro an das UN-Kinderhilfswerk UNICEF, wie das Ministerium mitteilte. Das

Geld solle unter anderem in ein Bildungsprogramm für syrische und jordanische Kinder fließen. Bisher flossen seit 2012 475 Millionen Euro aus dem Entwicklungsetat für die Hilfe syrischer Geflüchteter nach Jordanien. Die Verbesserung der Lebensbedingungen in den Nachbarländern Syriens kann entscheidend dazu beitragen, die Flüchtlingszahlen in Europa zu begrenzen.

## Hilfe für Afrika: EU besiegelt milliardenschweren Hilfsfonds

Spitzenpolitiker der EU haben beim Sondergipfel in Malta einen milliardenschweren Hilfsfonds für Afrika besiegelt. Die Vertreter von 28 EU-Ländern unterzeichneten am Donnerstag in Valletta das Dokument. Der Topf von 1,8 Milliarden Euro soll Fluchtursachen bekämpfen, um die armutsbedingte Migration von Afrika nach Europa zu verringern. Das Geld soll auch in den Kampf gegen kriminelle Schleuserbanden fließen.

Schwerpunkt sind die Sahelzone, die Tschadsee-Region, das Horn von Afrika und Nordafrika. Von dort oder über diese Staaten machen sich zahlreiche Migranten auf den Weg in Richtung Europa. Die Summe von 1,8 Milliarden Euro kommt aus dem EU-Budget. Die EU-Staaten sollen noch einmal die gleiche Summe beisteuern. Dies kommt allerdings schleppend



Foto: © Albrecht E. Arnold / pixelio.de

voran. Nach Angaben der EU-Kommission haben bislang erst 25 der 28 EU-Staaten Beträge angeboten; bislang seien lediglich 78,2 Millionen Euro zusammengekommen.

Die EU und die EU-Staaten geben zusammen jährlich etwa 20 Milliarden Euro für Afrika. «Wir müssen die Afrikaner unterstützen, denn sie haben ein größeres Problem als wir», sagte EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker am Donnerstag. Bei dem zweitägigen Sondergipfel diskutieren mehr als 60 Spitzenvertreter aus Afrika und der EU über die Flüchtlingskrise. Sie schließen am Nachmittag den Sondergipfel ab. Danach beraten die EU-Spitzen in kleiner Runde weiter über die Flüchtlingsfrage.



Foto: © S. Hofschlaeger / pixelio.de



# BLICKPUNKTE

**SPD**  
BUNDESTAGS  
FRAKTION

## Pflegestärkungsgesetz: Großer Fortschritt für eine bessere Pflege



Foto: © Rainer Sturm / pixelio.de

Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich seit Jahren dafür ein, Pflegebedürftige besser zu unterstützen, pflegende Angehörige zu entlasten und gute Ausbildung und Arbeitsbedingungen von Pflegefachkräften zu sichern. Wichtige Erfolge haben wir bereits mit dem Gesetz zur besseren Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf und dem ersten Pflegestärkungsgesetz erzielt. Damit haben wir die Pflegeinfrastruktur deutlich verbessert und an die Bedürfnisse der Pflegebedürftigen angepasst. Einen weiteren wichtigen Fortschritt bringt das Pflegestärkungsgesetz II, das in dieser Sitzungswoche abschließend beraten worden ist.

Mit ihm werden die bisherigen drei Pflegestufen durch fünf Pflegegrade ersetzt, mit denen der individuelle Bedarf der Pflegebedürftigen genauer ermittelt werden kann. Dies

kommt insbesondere auch Demenzkranken zu Gute. Niemand ist nach der Umstellung schlechter gestellt – viele aber besser. Gleichzeitig unterstützen wir pflegende Angehörige besser als bisher: Für sie wird die Pflegeversicherung künftig höhere Beiträge für Rente und Arbeitslosenversicherung leisten.

Gute Pflege hat ihren Preis. Und der muss solidarisch von der ganzen Gesellschaft geleistet werden. Daher bleibt es bei der paritätischen Finanzierung in der Pflegeversicherung. Das heißt, die Pflegeversicherung wird auch weiterhin zu gleichen Teilen durch Beiträge der Arbeitnehmer und Arbeitgeber getragen. Klar ist: Eine hohe Qualität in der Pflege ist nur mit ausreichend vielen und gut ausgebildeten Pflegefachkräften gewährleistet. Mit einem Pflegeberufsgesetz werden wir deshalb noch in dieser Legislaturperiode das Berufsfeld Pflege attraktiver machen. Darüber hinaus fordert die SPD-Bundestagsfraktion einen bundesweit einheitlichen Personalschlüssel und eine flächendeckend gerechte Bezahlung von Pflegekräften nach Tariflohn. Denn menschenwürdige Pflege und gute Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte müssen überall in Deutschland sichergestellt sein.

Der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff kommt. Mit dem geplanten Gesetz wird der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff endlich umgesetzt. Schon im ersten Pflegestärkungsgesetz haben wir im Vorgriff auf diese Reform erhebliche Leistungsverbesserungen durchgesetzt. Durch Einführung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs werden nun weitere notwendige Erleichterungen für die Pflegebedürftigen, ihre Angehörigen sowie die Pflegekräfte kommen. Denn während sich der bisherige Pflegebedürftigkeitsbegriff vor allem auf körperliche Einschränkungen bezog, werden zukünftig auch geistige und psychische Faktoren zuverlässiger erfasst. Insbesondere Menschen mit Demenz erhalten dann bessere Unterstützung. Weiter sieht der Gesetzentwurf u.a. vor, dass die Selbstverwaltung in den nächsten fünf Jahren ein wissenschaftlich fundiertes Verfahren für die Personalbemessung in Pflegeeinrichtungen erarbeiten soll. Ein weiterer wichtiger Bestandteil ist die Ausweitung des Personenkreises, für den die Pflegeversicherung künftig Rentenbeiträge entrichten wird. Mit diesem Schritt wollen wir die Absicherung von Pflegepersonen verbessern.



# BLICKPUNKTE

**SPD**

BUNDESTAGS  
FRAKTION

## Aus dem Wahlkreis / Kurz notiert

### Jugendhilfe reagiert auf regionale Bedürfnisse

Ahaus. Mit dem Kinder- und Jugendplan (KJP) fördert das Bundesjugendministerium die Tätigkeiten der Kinder- und Jugendhilfe, wenn diese Projekte von überregionaler Bedeutung sind und nicht allein vom Land wirksam gefördert werden können. Auch das Berufsorientierungszentrum (BOZ) der Berufsbildungsstätte Westmünsterland (BBS) in Ahaus hat aus diesem Fördertopf Mittel für die Jugendsozialarbeit erhalten.

Wofür das Geld genau eingesetzt wurde, erfuhren jetzt die SPD-Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende des Finanzausschusses Ingrid Arndt-Brauer sowie Ludwig Niestegge (2. v. li.), Ortsvereinsvorsitzender der SPD Ahaus, bei einem Besuch im BOZ.



Bereichsleiter Norbert Buß (i. Bild re.) und Christine Menker (i. Bild li.) (Assistenz der Bereichsleitung) erläuterten den Gästen die durch den KJP geförderten Angebote im BOZ. Hierzu gehören die Beratungsstelle `Blinker`, zu deren Zielgruppe Jugendliche ab der 7. Klasse bis 25 Jahre gehören, die Unterstützungsbedarf bei Lernschwierigkeiten haben, über keinen Schulabschluss verfügen und somit ohne Perspektive auf einen Ausbildungsplatz sind. `Uns ist dieses Angebot besonders wichtig, da es sich um ein offenes Angebot mit geringer Hemmschwelle handelt`, machte Menker deutlich. Die Beratungsstelle `Schulmüde` richte sich an schulpflichtige Kinder und Jugendliche mit Verhaltensauffälligkeiten in der Schule. `Mit Gruppenangeboten wollen wir das Sozialverhalten stärken und wieder zur Teilnahme am Unterricht anregen`, erläuterte Buß. Mit im Blick habe man dabei immer auch erziehungsschwache Eltern, die gefördert werden und denen man die Verantwortung, die sie tragen, auch deutlich mache.

Einen persönlichen Eindruck konnten sich Arndt-Brauer und Niestegge dann von dem Förderprojekt `Jugendwerkstatt` machen. Hier werden (Berufs-)schulpflichtige Jugendliche mit unterschiedlichen Problemen betreut, die sich u.a. in fehlender beruflicher/schulischer Orientierung, fehlenden Bildungsabschlüssen, aber auch in Sprachproblemen, Missbrauchserfahrungen, emotionaler Vernachlässigung oder Suchtproblemen zeigen. `Mit niedrigschwelligen Aufgaben werden bei uns schulische Defizite aufgearbeitet und die Persönlichkeitsstruktur stabilisiert`, erläuterte Werkstattleiter Ralf Kitzmann (2. v. re.) den Gästen. `Die Jugendlichen sollen eine berufliche Perspektive entwickeln und in das berufliche System integriert werden`, ergänzte Buß. Zu zeigen, dass sie auch etwas können, mache die jungen Leute stolz, versicherte Kitzmann.

`Die KJP-Angebote aus der Jugendhilfe sind flexibel und können so auch auf regionale Bedürfnisse reagieren`, stellte Arndt-Brauer fest. Sie ist sich sicher, dass die Fördermittel gut angelegt sind.



# BLICKPUNKTE

**SPD**

BUNDESTAGS  
FRAKTION

## Migration - eine Chance für die Gesellschaft

Ochtrup. Nach Angaben des NRW-Familienministeriums leben derzeit 7.400 minderjährige Flüchtlinge in NRW, die dringend Betreuung brauchen. Seit einem Jahr ist deswegen das Clearinghaus der Evangelischen Jugendhilfe Münsterland in Ochtrup am Start und kann bis zu neun männliche unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Obhut nehmen. Einen persönlichen Eindruck von der Einrichtung verschafften sich jetzt die SPD-Bundestagsabgeordnete Ingrid Arndt-Brauer und Vincent ten Voorde (i. Bild re.) (SPD Ochtrup).



Derzeit leben acht Jugendliche zwischen 14 und 17 Jahren in dem Clearinghaus, wie die Sozialpädagogen Geraldine Koßmann-Richter (2. v. re.) und Wolfgang Puhe (3. v. re.) berichteten. Drei bis vier Monate verbleiben die Jugendlichen in der Einrichtung, bis das so genannte Clearingverfahren abgeschlossen ist. In dem Verfahren soll die Situation und der Hilfebedarf des einzelnen Flüchtlings konkret ermittelt werden. Neben der Feststellung der schulischen Qualifikation werden dort auch der gesundheitliche, emotionale und psychische Entwicklungsstand abgeklärt und aufenthaltsrechtliche Fragen bearbeitet. 'Gemeinsam mit dem Jugendamt und unter Beteiligung des Jugendlichen wird dann entschieden, wo der weitere Verbleib sein wird', erläuterte Gerd Dvorok (2. v. li.), Geschäftsführer der Evgl. Jugendhilfe. Bisher seien einige Jugendliche bereits in Wohngruppen, bei Gastfamilien oder in mobiler Betreuung untergebracht worden.

Die derzeit in der Einrichtung lebenden Jugendlichen seien umgänglich und motiviert, versicherte Puhe. 'Sie sind begierig, Sprache und Kultur kennen zu lernen', ergänzte Koßmann-Richter. Neben dem Schulunterricht organisiert das Clearinghaus für den Nachmittagsbereich verschiedene Angebote, wie ergänzenden Deutschunterricht und handwerkliches Kompetenztraining in der eigenen Fahrrad- und Möbelwerkstatt. 'Vormittags besuchen die Jungs in Ochtrup die Hauptschule, was aber zurzeit schwierig ist, da die Schule überlaufen ist und dringend Personal für den Deutschunterricht gesucht wird', machte Puhe deutlich.

'Sorge bereitet uns, was mit den Jugendlichen passiert, wenn die Schule beendet ist', macht sich Dvorok Gedanken um die Zukunft der Jugendlichen. Die erworbenen Deutschkenntnisse werden es den jungen Leuten kaum ermöglichen, hierzulande eine Berufsausbildung zu absolvieren. 'Da fehlt es noch auf dem Ausbildungsmarkt an vereinfachten Ausbildungsgängen', ist sich Arndt-Brauer mit der Gesprächsrunde einig. Hier sei auch beispielsweise die Handwerkskammer gefordert, hob die Abgeordnete hervor und versprach, dies bei nächster Gelegenheit dort vorzutragen.

Dvorok sieht in den enormen Herausforderungen auch eine Chance für die Gesellschaft. 'Migration ist ein spannendes Thema, an dem die Gesellschaft auch wachsen kann', so Dvorok weiter. Gerade aus demografischer, ökonomischer und gesellschaftlicher Sicht habe Migration eine große Bedeutung.